

Das Bundesheer und die österreichische Wirtschaft

Österreich wurde nach dem Abschluß des Staatsvertrages zum neutralen Staat erklärt. Es verpflichtete sich damit völkerrechtlich, für den Schutz seiner Grenzen zu sorgen. Zu diesem Zweck wurde — nach 17jähriger Unterbrechung — mit dem Aufbau eines neuen Bundesheeres begonnen.

Die militärischen Aufwendungen hielten sich bisher in engen Grenzen. Die gesamten Heeresausgaben erreichten im Jahre 1958 1,9 Mrd. S oder 1,5% des Brutto-Nationalproduktes gegen 3 bis 6% in den meisten westeuropäischen Staaten. In den kommenden Jahren wird die Belastung des Nationalproduktes mit Heeresausgaben vermutlich sinken, weil ein Teil des Heeresbudgets für Wohnbauzwecke verwendet werden soll.

Das Bundesheer zählt gegenwärtig rund 48 000 Mann oder 2,2% des Angebotes an männlichen Arbeitskräften. Von den 68 Garnisonen, Anstalten und Übungsplätzen liegen 27 in „Entwicklungsgebieten“. Die Heeresaufträge kommen vor allem dem Baugewerbe, der Bekleidungsindustrie und der Fahrzeugindustrie zugute. Obwohl es sich im allgemeinen nicht lohnt, eine eigene Rüstungsproduktion aufzubauen und vor allem Waffen und Geräte vorwiegend aus dem Ausland bezogen werden müssen, sind österreichischen Firmen auf einigen Spezialgebieten bemerkenswerte Neukonstruktionen (geländegängige Fahrzeuge, Schützenpanzerwagen, Kunststoffhandgranaten) gelungen. Auch Munition wird überwiegend im Inland hergestellt.

Aufbau und Kosten des neuen Heeres

Österreich hatte nach Kriegsende kein eigenes Heer. Das Land war von vier Besatzungsmächten besetzt, für deren Unterhalt der österreichische Staat zunächst voll aufkommen mußte. Erst 1949 erklärten sich die USA und einige Jahre später auch die übrigen Mächte bereit, die Unterhaltskosten für ihre Truppen selbst zu tragen. Die Belastung des Bundes mit Besatzungskosten betrug in den Jahren 1952 und 1953 über 400 Mill. S und sank erst im Jahre 1954 auf eine unbedeutende Restpost (47 Mill. S). Die gesamten Ausgaben der Besatzungsmächte in Österreich erreichten in diesen Jahren 1,2 bis 1,6 Mrd. S. Hätte die österreichische Wirtschaft die Gesamtausgaben der Besatzungsmächte getragen, so hätte sie für diese Zwecke 1,7

bis 1,8% des Brutto-Nationalproduktes aufwenden müssen.

Ausgaben der Besatzungstruppen in Österreich

Jahr	Gesamtausgaben Mrd. S	in % des BNP	davon vom Bund ersetzt Mill. S
1950	0,8	1,6	383
1951	1,2	1,8	623
1952	1,3	1,7	476
1953	1,5	1,9	443
1954	1,6	1,8	47

BNP = Brutto-Nationalprodukt

Nach dem Abschluß des Staatsvertrages und dem Abzug der alliierten Truppen begann Österreich ein eigenes Bundesheer aufzubauen. Im Bundeskanzleramt wurde ein Amt für Landesverteidigung geschaffen, das im Jahre 1956 in ein Bundesministerium umgewandelt wurde. Das Wehrgesetz vom 7. September 1955 statuierte die allgemeine Wehrpflicht für männliche Staatsbürger¹⁾. Die Ausbildungszeit beträgt 9 Monate, in Spezialeinheiten 15 Monate. Die ersten Rekruten — 20 800 Wehrpflichtige des Jahrganges 1937 — wurden im Spätherbst 1956 eingezogen. Seither wurden etwa 89 000 Jungmänner militärisch ausgebildet.

Die mit der Aufstellung eines Heeres verbundenen wirtschaftlichen, finanziellen und organisatorischen Probleme konnten bisher aus verschiedenen Gründen ohne größere Schwierigkeiten bewältigt werden. Die personellen Grundlagen des Bundesheeres waren schon während der Besatzungszeit vorbereitet worden. Die Gendarmerie hatte Schulen, wo die Kadernmannschaft für das Heer ausgebildet wurde. (Der Aufwand für die Gendarmerieschulen war im Jahre 1955 im Budget des Innenministeriums mit 188 Mill. S veranschlagt.) Als Österreich mit dem Staatsvertrag seine Wehrhoheit wieder erlangte, standen bereits 6 500 Mann Kader zur Verfügung, die zunächst in die Grenzschutzabteilungen und im Jahre 1956 in das reguläre Bundesheer übergeführt wurden.

Die Kosten des Bundesheeres ermäßigten sich dadurch, daß die Alliierten nach ihrem Abzug Truppenunterkünfte und Kriegsmaterial hinter-

¹⁾ Bundesgesetzblatt Nr. 181/1955. Die Wehrpflicht beginnt mit dem vollendeten 18. Lebensjahr und endet mit dem vollendeten 50. Jahr.

ließen Die bunt zusammengewürfelte Ausrüstung, die von den verschiedenen Besatzungsmächten übernommen wurde, erschwerte zwar Reparaturen und die Beschaffung von Ersatzteilen, ersparte aber dem Staat zunächst die Anschaffung einer kostspieligen Erstausrüstung.

Die Ausgaben des Bundesministeriums für Landesverteidigung betragen im Jahre 1956 717 Mill. S und stiegen in den beiden folgenden Jahren auf 1 417 Mill. S und 1 651 Mill. S. Dazu kommt der Aufwand für Militärbauten, der nicht im Heeresbudget, sondern im Budget des Handelsministeriums (Bundesgebäudeverwaltung II) veranschlagt wird, in Höhe von 300 bis 350 Mill. S¹⁾. Diese Ausgaben konnten im Bundeshaushalt verhältnismäßig leicht untergebracht werden, weil das Sozialprodukt und damit auch die Steuereinnahmen rasch wuchsen. Im Zeitraum 1955 bis 1958 beanspruchte die Landesverteidigung 42% der Mehrerträge an Bundessteuern und 18% des Zuwachses des Brutto-Sozialproduktes

Ausgaben für die Landesverteidigung

Jahr	Bundesministerium für Landesverteidigung	Bundesgebäudeverwaltung II	Heeresausgaben insgesamt		
			Mill. S	in % der Nettoausgaben d. Bundes ²⁾	in % des BNP
1956	717	348	1.065	4,8	1,0
1957	1 417	294	1 711	6,5	1,4
1958	1 651	300	1 951	6,3	1,5
1959 ²⁾	2 012	135	2 147	7,2	

¹⁾ Ausgaben der Hoheitsverwaltung + Defizit der Bundesbetriebe — ²⁾ Voranschlag

Für 1959 wurde der Aufwand des Verteidigungsministeriums mit 2 012 Mill. S veranschlagt, die Bundesgebäudeverwaltung II soll 135 Mill. S ausgeben. Es ist jedoch fraglich, ob der gesamte Betrag dem Heer zur Verfügung gestellt wird. Anlässlich der Regierungsbildung wurde von den beiden Parteien vereinbart, in den nächsten vier Jahren 300 Mill. S jährlich aus dem Verteidigungsbudget für Wohnbauzwecke abzuzweigen

Österreich begnügt sich derzeit mit einem verhältnismäßig bescheidenen militärischen Schutz. Die gesamten Heeresausgaben (einschließlich Bauten) von 1 951 Mill. S im Jahre 1958 entsprachen 1,5% des Brutto-Nationalproduktes oder 6% der Nettoausgaben des Bundes (Ausgaben der Hoheitsverwaltung + Defizit der Bundesbetriebe). Pro Kopf der Bevölkerung wurden 279 S für Verteidi-

gungszwecke ausgegeben. Die Belastung mit Heeresausgaben ist niedriger als unmittelbar vor dem Krieg und bedeutend niedriger als in den meisten anderen Staaten

Im Jahre 1937 — im letzten Jahr vor der deutschen Besetzung und nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht — wurde für das Bundesheer der ersten Republik 242 Mill. S ausgegeben. Die Belastung des Budgets (12%) und des Brutto-Nationalproduktes (2,7%) war fast doppelt so hoch wie 1958. Die Wehrausgaben pro Kopf der Bevölkerung von 36 S entsprachen zwar real annähernd den gegenwärtigen Ausgaben. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich das Nationalprodukt seither fast verdoppelt hat und der Unterhalt eines modernen Heeres infolge der zunehmenden Motorisierung und Mechanisierung viel kostspieliger ist als vor dem Krieg.

Heeresausgaben in der ersten Republik

Jahr	Stand des Heeres Mann	Ausgaben für das Heereswesen	Sachausgaben	Davon		Heeresausgaben in % der Budget- d. Bevölk. in S
				In % aller Heeresausgaben	Mill. S	
1933	21 176	86	31	36,0	4,5	13
1934	21 223	104	52	50,0	5,0	15
1935	22 000	122	64	52,5	6,3	18
1936	22 000	165	115	69,7	8,3	24
1937		242	192	79,3	11,8	36

¹⁾ Nettobudgetierung

Noch deutlicher sind die Belastungsunterschiede gegenüber dem Ausland. Die offen deklarierten Heeresausgaben²⁾ erreichen in den meisten westeuropäischen Ländern 3 bis 6% des Nationalproduktes, in einzelnen Großstaaten mit Seestreitkräften, operativen Luftflotten für Fernaufgaben und atomarer Ausrüstung noch weit mehr. In Großbritannien, das die militärische Verantwortung für einen Großteil des englischen Empires trägt, entfallen über 8% und in den USA 11% des Brutto-Nationalproduktes auf Verteidigungsausgaben

Die Belastung der Staatsbudgets schwankt im allgemeinen zwischen 15 und 30%. Stärkere Abweichungen von diesem Satz sind meist nicht durch die Höhe der Wehrausgaben, sondern durch ver-

²⁾ Die Grenze zwischen militärischen und zivilen Ausgaben ist fließend und wird oft von Land zu Land verschieden gezogen. Vielfach werden bewußt militärähnliche Ausgaben, wie z. B. der Forschungsaufwand für Rüstungszwecke, Zuwendungen an Rüstungsindustrien oder Ausgaben für die vormilitärische Erziehung der Jugend in zivilen Verwaltungszweigen budgetiert. Die auf S. 305 angeführten Daten über die offenen Verteidigungsausgaben geben daher nur eine ungefähre Vorstellung über die tatsächlichen Kosten für den militärischen Schutz eines Landes

¹⁾ Die Bundesgebäudeverwaltung II erfüllt überwiegend die Aufgaben einer Militärbaudirektion. Von ihr werden 3 000 militärische Objekte, darunter 200 allein im ehemaligen amerikanischen Lager Siesenheim betreut und 110 militärische Unterkünfte, 36 Schießplätze und 25 Anstalten ausgebaut.

waltungs- und budgettechnische Besonderheiten bedingt. Föderative Staaten, wie die USA und die Schweiz, geben einen verhältnismäßig großen Teil des Bundesbudgets für die Landesverteidigung aus (61 bzw. 42%), weil viele zivile Verwaltungsaufgaben nicht von den Zentralbehörden, sondern von den Regionalbehörden erfüllt werden¹⁾. Andererseits erscheint die Belastung des Budgets mit Heeresausgaben in planwirtschaftlichen Ländern zum Teil deshalb verhältnismäßig niedrig, weil ihre Budgets auch die Investitionen der Staatsbetriebe enthalten.

Internationaler Vergleich der Heeresausgaben

Staat	In % des BNP ²⁾	Je Kopf der Bevölkerung ³⁾	In % des Budgets ⁴⁾
Belgien	3.6	1.055	15.5
Bundesrepublik Deutschland, effektiv	2.8	656	—
„ mit Vorauszahlungen	3.8	904	27.3 ¹⁾
Frankreich	6.9	2.145	28.9
Dänemark	3.0	768	—
Großbritannien	8.2	2.402	25.0
Niederlande	5.9	1.149	—
Italien	3.8	483	15.4
Norwegen	3.6	979	16.7
Portugal	4.0	223	24.1
Schweden	5.0	1.674	19.3
Schweiz	3.2 ⁵⁾	1.092 ³⁾	41.6 ⁶⁾
Tschechoslowakei	—	2.516 ⁴⁾	9.5
UdSSR	—	3.055 ⁴⁾	16.0
USA	11.0	6.396	61.3
Österreich	1.5 ⁵⁾	279 ³⁾	6.3 ⁶⁾

¹⁾ 1956 — ²⁾ 1957 — ³⁾ 1958 — ⁴⁾ Nach dem offiziellen Umrechnungskurs. Kaufkraft nur etwa ein Drittel der Kursparität — ⁵⁾ In % der Nettoausgaben des Bundes laut Rechnungsabschluß.

Der vergleichsweise niedrige Militäraufwand Österreichs erklärt sich teilweise aus der bescheidenen Ausrüstung des Heeres, dem geringen Mannschaftsstand und der kurzen Dienstzeit. Außerdem ist der Aufgabenbereich des Heeres begrenzt. In anderen Ländern, vor allem in der Schweiz, beschränkt sich die Landesverteidigung nicht nur auf die Aufstellung und Schulung einer Armee, sondern umfaßt auch den Bau von Befestigungsanlagen, den Schutz militärisch und wirtschaftlich wichtiger Objekte, die Fürsorge für die Verlagerung von Betrieben in bombensichere Räume u. a. m.

Struktur der Heeresausgaben

Von den gesamten Heeresausgaben (einschließlich Bauten) entfielen im Jahre 1958 30% auf den Personalaufwand und 70% auf den Sachaufwand. Im Söldnerheer der ersten Republik war etwa die Hälfte des Heeresbudgets für die Entlohnung der aktiven Soldaten ausgegeben worden. Die

¹⁾ Gemessen an den Gesamtausgaben aller öffentlichen Haushalte erreichten die Verteidigungsausgaben der Schweiz im Jahre 1957 19%

künftige Entwicklung der Ausgabenstruktur wird davon abhängen, über wieviel Mittel das Bundesheer verfügt. Der Personalaufwand ist unelastisch und zeigt auf längere Sicht eine leicht steigende Tendenz. Da die Wehrpflichtigen nur kurz dienen und wenig Gelegenheit zu Waffenübungen haben, ist das Heer bestrebt, die längerdienende Kadertuppe zu stärken. Eine Kürzung des Heeresbudgets würde vorwiegend den Sachaufwand treffen und die Ausrüstung des Heeres mit modernen Waffen und Geräten verzögern. Zwar wird der Aufwand für Bauten, Einrichtungen und verschiedene Ausrüstungsgegenstände, die in den letzten Jahren neu angeschafft wurden, sinken. Andererseits unterliegt die von den Alliierten übernommene Erstausrüstung an Waffen und Geräten einem starken Verschleiß und muß ersetzt, ergänzt und vereinheitlicht werden.

Struktur der Heeresausgaben¹⁾

	1956		1957		1958		1959 ²⁾	
	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%
Personalaufwand								
Beamte u. Berufssoldaten	185.8	17.5	254.5	14.9	323.5	16.6	437.6	20.4
Wehrpflichtige	5.4	0.5	61.1	3.6	92.1 ³⁾	4.7	101.0 ³⁾	4.7
Verpflegung	36.3	3.4	127.3	7.4	170.0	8.7	226.0	10.5
Insgesamt	227.5	21.4	442.9	25.9	585.6	30.0	764.6	35.6
Sachaufwand								
Verwaltung	50.0	4.7	99.0	5.8	106.3	5.5	111.5	5.2
Bauten ⁴⁾	348.0	32.7	301.3	17.6	315.5	16.2	149.0	6.9
Ausrüstung und Instandhaltung	429.2	40.3	831.4	48.6	907.7	46.5	1070.4	49.9
Sonstiges	10.1	0.9	36.4	2.1	35.6	1.8	51.1	2.4
Insgesamt	837.3	78.6	1.268.1	74.1	1.365.1	70.0	1.382.0	64.4
Heeresausgaben zusammen	1.064.8	100.0	1.711.0	100.0	1.950.7	100.0	2.146.6	100.0

¹⁾ Ausgaben des Bundesministeriums für Landesverteidigung und der Bundesgebäudeverwaltung II. — ²⁾ Voranschlag — ³⁾ Einschließlich Zulagen für Tapferkeitsmedaillenbesitzer — ⁴⁾ Bundesgebäudeverwaltung II + Bauaufwand des Bundesministeriums für Landesverteidigung (1958 vorläufige Angaben).

Der *Personalaufwand* deckt die Bezüge der aktiven Soldaten und Beamten, den Wehrosold (Taggeld), die sonstigen Bezüge der Wehrpflichtigen und die Kosten der Verpflegung²⁾. Der gesamte Personalstand des Heeres beträgt gegenwärtig 48.000 Mann, darunter fast 10.000 Berufssoldaten, 4.000 Beamte und Vertragsbedienstete und 34.000 Wehrpflichtige³⁾.

²⁾ Die hier gewählte Abgrenzung deckt sich mit der in der Statistik des Volkseinkommens international üblichen Unterscheidung zwischen Personal- und Sachausgaben. Im Bundesbudget werden nur die Bezüge der aktiven Bediensteten im Personalaufwand, Wehrosold und Verpflegungskosten dagegen im Sachaufwand ausgewiesen.

³⁾ Das Wehrgesetz unterscheidet: a) zum Präsenzdienst einberufene Wehrpflichtige, b) Wehrpflichtige, die sich freiwillig zu einer längeren Präsenzdienstzeit verpflichten und c) Berufsoffiziere. Die Angehörige der Heeresverwaltung sind Beamte und Vertragsbedienstete. Die Gruppen b) und c) werden hier als Berufssoldaten zusammengefaßt.

Personalstand des Bundesheeres¹⁾

Offiziere	1.500
Unteroffiziere	8.400
Beamte und Vertragsbedienstete ²⁾	4.000
Wehrpflichtige	34.000
	<hr/> 47.900

¹⁾ Stand am 1. Mai 1959. — ²⁾ Tatsächlicher Stand; planmäßig sind 4.500 Beamte und Vertragsbedienstete vorgesehen.

Der Einfluß des Heeres auf den Arbeitsmarkt läßt sich durch folgende Überlegungen verdeutlichen. Das Bundesheer beansprucht gegenwärtig 2,2% des gesamten Angebotes an (selbständigen und unselbständigen) männlichen Arbeitskräften. Da vor den ersten Einberufungen im Herbst 1956 nur ein Kader von 6.500 Mann bestanden hatte, wurden in den letzten drei Jahren 41.500 zusätzliche Arbeitskräfte vom Heer beansprucht und damit der zivilen Produktion entzogen. Im gleichen Zeitraum sind dem Arbeitsmarkt 38.300 unselbständige männliche Arbeitskräfte neu zugeströmt; das Angebot an selbständigen Arbeitskräften dürfte annähernd gleich geblieben sein. Praktisch wurde somit der gesamte Zuwachs an männlichen Arbeitskräften in den letzten drei Jahren vom Heer aufgenommen.

Trotzdem ist es kaum zu Spannungen auf dem Arbeitsmarkt gekommen. Die Einberufungen in zwei Etappen — zum Herbsttermin werden vor allem Rekruten aus der Landwirtschaft eingezogen — und die Möglichkeit, den Wehrdienst aufzuschieben, kommen den Bedürfnissen der Wirtschaft entgegen. Soweit ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften bestand, konnte er meist aus den verfügbaren Reserven an Arbeitslosen oder durch Einstellung von Frauen gedeckt werden. Nicht zuletzt ist 1956, als die ersten Rekruten eingezogen wurden, die Umstellung auf die Landesverteidigung dadurch erleichtert worden, daß damals die Konjunktur etwas nachgelassen hatte.

Der Personalstand des Heeres verteilt sich auf 68 Garnisonen, Übungsplätze und Anstalten. Obwohl die Standorte vorwiegend nach militärischen Erwägungen bestimmt werden, entspricht ihre regionale Verteilung weitgehend den wirtschaftlichen Bedürfnissen, denn die militärisch schutzbedürftigen grenznahen Gebiete sind zumeist auch wirtschaftlich rückständig. Von den 68 Garnisonen, Übungsplätzen und Anstalten des Heeres liegen 27 oder 40% in Landesteilen, die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung als „Entwicklungsgebiete“ erklärt wurden. 29 Garnisonen (43%) sind in den durch Krieg und ausländische Besetzung am stärksten betroffenen östlichen Bundesländern. Die Militärdichte (Heeresangehörige bezogen auf die

Bevölkerung) ist in den Entwicklungsgebieten etwa doppelt so hoch wie im übrigen Bundesgebiet. Die Personalausgaben des Heeres (einschließlich Verpflegungskosten), die nahezu ausschließlich den Garnisonsorten zufließen, bilden für viele Gebiete eine wichtige Einnahmenquelle. Dazu gehört vor allem das Notstandsgebiet im Raum Wiener Neustadt, wo allein 10% des Heeresstandes in Garnison ist; die dort befindlichen Anstalten nicht mitgerechnet. Ebenso viele Soldaten befinden sich in der Südoststeiermark.

Regionale Verteilung der Garnisonen, Anstalten und Übungsplätze¹⁾

	Insgesamt	Davon in Entwicklungsgebieten
Wien	3	—
Niederösterreich	19	9
Burgenland	7	7
Oberösterreich	6	1
Steiermark	9	5
Kärnten	7	4
Salzburg	5	—
Tirol	10	1
Vorarlberg	2	—
<hr/> Österreich insgesamt	<hr/> 68	<hr/> 27

¹⁾ Einige dieser Garnisonen werden erst im Herbst 1959 bezogen.

Es liegt nahe, die Ausgaben von Heeresangehörigen mit den Ausgaben der Fremdenverkehrsgäste zu vergleichen. Ein solcher Vergleich ergibt, daß in vielen entwicklungsbedürftigen Gebieten nicht nur die Zahl der Nächtigungen, sondern auch die Ausgaben des Heeres größer sind als im Reiseverkehr. Im Burgenland z. B. befanden sich bisher 4.000 Heeresangehörige (nach Fertigstellung der vorgesehenen neuen Garnisonen werden es rd. 5.000 Mann sein). Das entspricht 1,46 Mill. Heeresübernachtungen im Jahr. Da ein Heeresangehöriger im Durchschnitt etwa 35 S pro Tag ausgibt¹⁾, erreichen die gesamten lokalen Heeresausgaben über 50 Mill. Schilling jährlich. Demgegenüber wurden im Burgenland im Jahre 1958 nur 206.000 Übernachtungen von Reisenden gezählt. Die Gesamteinnahmen aus dem Reiseverkehr erreichten etwa 10 Mill. S oder ein Fünftel der Einnahmen aus dem Bundesheer.

Von den *Sachausgaben* des Heeres entfielen im Jahre 1958 67% auf Ausrüstungsgegenstände und deren Instandhaltung, 23% auf Bauten und 10% auf sonstige Ausgaben (Verwaltung, Forschung,

¹⁾ Der Tagesaufwand für einen Wehrpflichtigen beträgt 22 S. Davon entfallen 5 S auf Taggeld, 14 S auf Verpflegung und 3 S auf sonstige Personalausgaben (Dienstgradzulage, Pauschalien, Kosten der Dienstfreistellung). Das Monatseinkommen von Berufssoldaten beträgt im Durchschnitt 2.000 bis 2.500 S.

Transportkosten usw.) Die Bauaufträge werden ausschließlich und die Bestellungen von Ausrüstungsgegenständen überwiegend an inländische Firmen vergeben. Nur etwa ein Fünftel der Ausrüstungsgegenstände, hauptsächlich Waffen, Geräte und Spezialmunition, wird importiert. In den kommenden Jahren wird allerdings der Importanteil steigen, weil das von den Alliierten übernommene Rüstungsmaterial ersetzt und verschiedene Spezialgeräte nur im Ausland erhältlich sind.

Für militärische Bauten wurden im Jahre 1958 von der Bundesgebäudeverwaltung II 300 Mill. S und vom Verteidigungsministerium 15 Mill. S, zusammen also 315 Mill. S ausgegeben¹⁾. Das sind etwa 6% der im zivilen Wohnungsbau eingesetzten Mittel. 70% der Bausumme entfielen auf Wien, Niederösterreich und das Burgenland.

Ausgaben für Einrichtung, Ausrüstung, Geräte und Instandhaltung

	1956	1957	1958	1959 ²⁾
	Mill. S			
Einrichtungen	63,3	82,3	52,1	25,9
Bettensorten	43,9	39,9	8,9	5,4
Bekleidung	187,7	384,3	204,2	324,7
Kraftfahrwesen	39,3	93,0	139,0	261,8
Waffen	29,5	70,0	234,3	93,7
Munition	17,4	38,1	81,5	183,5
Flieger- und Luftschutzgeräte	31,2	59,5	30,6	32,0
Meß- und Fernmeldegeräte	8,3	19,8	85,8	73,6
Sonstige Geräte	17,6	44,4	39,6	69,8
Zusammen	429,2	831,3	876,0 ²⁾	1.070,4
Davon Instandhaltung	5,2	5,2	6,4	14,1

¹⁾ Bundesvoranschlag. — ²⁾ Zusätzlich 31,7 Mill. S Zölle.

Der Bedarf an *Ausrüstungsgegenständen* schwankte infolge des schrittweisen Aufbaues des Heeres von Jahr zu Jahr beträchtlich. Anfangs wurden relativ viele Möbel und Einrichtungsgegenstände gekauft, auch die Ausgaben für Bekleidung waren überdurchschnittlich hoch. Dagegen wurden verhältnismäßig wenig Waffen, Munition, Spezialgeräte und Fahrzeuge angeschafft. Erst in jüngster Zeit gewinnen diese Ausgaben größere Bedeutung. Sobald das Heer mit der Erstausrüstung versorgt ist und vorwiegend nur noch den Ersatzbedarf deckt, werden die Heeresaufträge gleichmäßiger verteilt werden können. Es wird dann auch leichter möglich sein, sie in seasonschwache Zeiten zu verlagern und struktur- und konjunkturpolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Die Heeresaufträge kamen bisher vor allem der Bekleidungsindustrie, der Fahrzeugindustrie und der Holzverarbeitenden Industrie (einschließlich Gewerbe) zugute. Auf diese drei Wirtschaft-

zweige entfiel im Jahre 1958 etwa die Hälfte der gesamten Ausgaben für Ausrüstung. Für Bekleidung (einschließlich Lederwaren) gab das Heer 204 Mill. S aus. Die Bestellungen, die teilweise allerdings erst 1959 ausgeliefert werden, erreichten 343 Mill. S. Das entspricht 3,6 bzw. 5,7% der gesamten Umsätze der industriellen und gewerblichen Hersteller von Bekleidung und Lederwaren. Für Bekleidungsindustrie und -gewerbe hatten die Heereslieferungen annähernd die gleiche Bedeutung wie der Export. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Verlagerung der Bekleidungs Ausgaben von den privaten Haushalten auf das Militär, sondern zum Teil um eine echte zusätzliche Nachfrage. Die Bekleidungs Ausgaben des Heeres sind pro Kopf mehr als dreimal so hoch wie die der zivilen Bevölkerung. Von ähnlicher Bedeutung wie für die Bekleidungsindustrie sind die Heeresaufträge für die Fahrzeugindustrie. Die Bestellungen an Kraftfahrzeugen erreichten im Jahre 1958 110 Mill. S oder 3% des Produktionswertes der Fahrzeugindustrie und sollen nach dem Bundesvoranschlag 1959 auf fast 6% steigen.

Die Heeresverwaltung ist bemüht, neben industriellen Betrieben möglichst viele handwerkliche in die Heereslieferung einzuschalten. (Im allgemeinen wird angestrebt, die Heeresaufträge annähernd gleichmäßig auf Industrie und Gewerbe zu verteilen.) Die Truppen beschäftigen nur wenig Professionisten in eigener Regie. Die für ihren laufenden Unterhalt notwendigen handwerklichen Leistungen werden zumeist von Gewerbebetrieben ausgeführt, die turnusweise zum Zuge kommen. Brot z. B. wird nicht in ärarischen Bäckereien hergestellt, sondern von Gewerbebetrieben bezogen. Auch Fahrzeuge und Geräte werden meist in zivilen Reparaturwerkstätten instand gesetzt. Bereits im Jahre 1956 wurden 700 Gewerbebetriebe zur Deckung des laufenden Bedarfes der Truppen herangezogen, gegenwärtig sind es etwa 1.000. Um größere Aufträge an Ausrüstungsgegenständen ausführen zu können, haben sich die Gewerbebetriebe verschiedener Branchen zu Liefergenossenschaften zusammengeschlossen, gewisse Materialien, z. B. Knöpfe, stellt die Heeresverwaltung selbst bei.

Entwicklung einer heimischen Rüstungsproduktion

Die Aufstellung des Heeres läßt auch die Frage offen, ob und in welchem Umfang Österreich eine eigene Rüstungsproduktion aufbauen soll. Die Voraussetzungen sind nur in einigen Spezialgebieten günstig. Die österreichischen Rüstungsbetriebe wurden

¹⁾ Militärischer Bauaufwand nach vorläufigen Angaben.

bereits 1918 demontiert, im zweiten Weltkrieg und nachher abermals größtenteils zerstört, ihrer Einrichtungen entblößt oder auf Zivilfertigung umgestellt. Der Aufbau einer Rüstungsproduktion würde viel Kapital erfordern, das nur mit staatlicher Hilfe aufgebracht werden könnte, und wäre infolge des geringen österreichischen Bedarfes in vielen Fällen unwirtschaftlich. Ausländische Erzeugnisse, in Massenfertigung oder mit Hilfe von subventionierter Forschung¹⁾ entwickelt, kommen weit billiger. Umgekehrt würde es schwer fallen, österreichische Waffen oder sonstige militärische Erzeugnisse auf ausländischen Märkten abzusetzen, da die meisten Länder aus militärischen Erwägungen Rüstungsmaterial möglichst im Inland erzeugen. Die Erfolge gut eingeführter Rüstungsbetriebe neutraler Staaten (Schweiz, Schweden) im Ausland zeigen allerdings, daß es unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist, Rüstungsmaterial auch an dritte Staaten zu verkaufen. In diesem Zusammenhang wäre es von Vorteil, wenn mit anderen neutralen Staaten Absprachen über die Fertigung von Rüstungsmaterial erzielt werden könnten.

Österreich käme vor allem als Lieferant von Kriegsfahrzeugen in Frage, da der Automobilbau in Österreich weit besser entwickelt ist als in der Schweiz und in Schweden. Auch besitzt Österreich schon Erfahrung im Bau von Kriegsfahrzeugen. Für

¹⁾ Für kriegstechnische Versuche und Erprobungen wurden 1958 nur 0,7 Mill. S ausgegeben, im Heeresbudget 1959 sind 4,3 Mill. S dafür vorgesehen.

den Gebirgseinsatz wurde der „Puch-Haflinger“ entwickelt, ein geländegängiges 22-PS-Fahrzeug, das auch im Ausland Beachtung findet. Auch für den österreichischen Saurer-Schützenpanzerwagen mit einem 250-PS-Dieselmotor könnten sich Exportmöglichkeiten ergeben, um so mehr, als durch den kürzlichen Zusammenschluß von Saurer- und Steyr-Puchwerken eine breitere Erzeugungsbasis geschaffen wurde. Ferner sind auf dem Gebiete der Waffentechnik (Kunststoffhandgranaten und -patronen) und im Fernmeldewesen, einige bemerkenswerte Neuentwicklungen gelungen. Andere Waffen, wie das Sturmgewehr, werden auf Grund ausländischer (belgischer) Lizenzen erzeugt. Die dank Heeresaufträgen entwickelten neuen Produkte sichern die Beschäftigung der betreffenden Werke und stärken ihre Stellung auf den internationalen Märkten.

Während die heimische Produktion von Waffen und Geräten nur in Ausnahmefällen rationell ist, wird ein Großteil der benötigten Munition im Inland hergestellt. Die Hirtenberger Patronenfabrik mit derzeit rund 700 Beschäftigten mildert die Arbeitslosigkeit im Wiener-Neustädter Notstandsgebiet. Sie kann allerdings bei weitem nicht die einst stark entwickelte Rüstungsindustrie der Monarchie und des Deutschen Reiches ersetzen. Eine Wiederbelebung der Wiener-Neustädter Flugzeugindustrie erscheint wenig aussichtsreich. Selbst die Schweiz mit ihrer verhältnismäßig stark ausgebauten Luftwaffe verzichtete auf den Fertigbau eines eigenen Kampfflugzeuges.